

An den Vorsitzenden des Untersuchungsausschuss 7/3,
Herr Raymond Walk

Antrag der Mitglieder des Untersuchungsausschusses aus den Fraktionen DIE LINKE., SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 14 UAG

Hier: Aktenvorlage: Verfahren in Zusammenhang mit der extremen Rechten

Die Thüringer Landesregierung, das Landeskriminalamt, das Amt für Verfassungsschutz, die zuständigen Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte sowie alle nachgelagerten Institutionen und Behörden werden ersucht dem Untersuchungsausschuss 7/3 zu Ziffer I Nr. 4,5,6,7,8,9,11 und 13 des Einsetzungsbeschlusses gemäß § 14 UAG

- I. sämtliche Unterlagen und Akten, welche zu den Strafverfahren und den Ermittlungen in Zusammenhang mit den nachfolgend benannten Vorfällen vorliegen,
 1. Überfall auf Besucher*innen des Erfurter Kunsthouses in der Michaelisstraße am 13.07.2012,
 2. Angriff auf mehrere Personen durch Teilnehmer*innen einer Versammlung am 1. Mai 2015 in Saalfeld veranstaltet vom sog. „Der Dritte Weg“
 3. Angriff auf eine Gewerkschaftskundgebung am 1. Mai 2015 in Weimar,
 4. Angriff auf 3 Personen am Erfurter Herrenberg in den frühen Morgenstunden des 01.08.2020 mit anschließender Festnahme von 12 Personen
 5. Angriff auf 20 Betroffene, teilweise schwerverletzt, vor der Erfurter Staatskanzlei in der Nacht vom 17.07.2020 auf den 18.07.2020,
 6. Angriff auf eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt am 08.02.2014 durch Bewohner*innen des sog. Gelben Hauses,
 7. Angriffe im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in den Jahren 2018 und 2019 in Verbindung zu Felix R. in Verfahren und Revision,
 8. Angriff auf Jugendliche beim Rolandsfest in Nordhausen am 15.06.2013 mit drei zwischenzeitlich in Gewahrsam genommenen Tätern,
 9. Angriff auf das Autonome Jugendzentrum in Erfurt am 05.05.2016,
 10. Überfall mit Sachbeschädigung, gefährlicher Körperverletzung und schwerem Raub am 29.04.2018 auf zwei Journalisten in Fretterode,
 11. Angriff auf drei indische Studierende in Jena in den frühen Morgenstunden des 16.06.2015,
 12. Brandanschlag auf dem Demokratieladen in Kahla am 15.02.2016,
 13. Geplanter Brandanschlag auf den Bus der Abgeordneten Katharina König-Preuss in Saalfeld im Jahr 2010 und Festnahme von drei Tatverdächtigen,
 14. Übergriffen auf Polizist*innen in Apolda am Rande einer Spontanversammlung zum 01.05.2017 mit anschließenden Festnahmen und Ermittlung gegen über 103 Tatverdächtige,
- II. sämtliche Unterlagen und Akten, welche zu den folgenden Gruppierungen, diesen Gruppierungen zugerechneten Personen und zu diesen Gruppierungen oder Personen zugerechneten Strafverfahren, Ermittlungen, Observationen, Durchsuchungsmaßnahmen, Verhaftungen und verdeckten Überwachungsmaßnahmen vorliegen,

sowie zu allen in diesen Gruppierungen und ihrem Umfeld eingesetzten menschlichen Quellen und Werbungsversuchen durch das Amt für Verfassungsschutz oder die Thüringer Polizeibehörden

1. „DIE RECHTE“ Thüringen
 2. „Neue Stärke Partei“, sowie Vorgängerorganisationen und -vereine
 3. „III. Weg“ Thüringen
 4. NPD Thüringen
 5. „Anti-Antifa Ostthüringen“
 6. „Migrantenschreck“
 7. „Blood & Honour“, „Combat 18“ und Nachfolge- bzw. Ersatzstrukturen und -organisationen
 8. „Jungsturm“
 9. „Turonen“, „Garde 20“ und „Bruderschaft Thüringen“
 10. Kameradschaft Northeim
 11. Burschenschaft Normannia zu Jena
 12. „Neue Hitler Jugend“(NHJ), „Patriotische Gruppe Thüringen“(PGT) und „Adolf Hitler Jugend“ (AHJ)
 13. „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“
 14. „THÜGIDA“ und „SÜGIDA“
 15. „Europäische Aktion“
 16. „Knockout 51“
 17. „Antikapitalistisches Kollektiv“
 18. „Kollektiv 56“
 19. „Wardon 21“
 20. Durchführung und Organisation des „Kampf der Nibelungen“
 21. „Arische Bruderschaft“
 22. Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.
 23. Gedächtnisstätte e.V.
- III. sämtliche Unterlagen und Akten, welche seit 2011 in Zusammenhang mit Rechtsrock-Veranstaltungen der rechten Szene beispielsweise zu Veranstaltungsanmeldungen oder Versammlungsanmeldungen, gegebenenfalls Verbotsverfahren, Strafverfahren, sonstigen Ermittlungen, darunter auch Finanzermittlungen, sowie alle Verfahren, Straftaten, Ermittlungen, Durchsuchungen, Waffenfunde, Observationen oder Personalienfeststellungen, die im Kontext von Rechtsrock-Veranstaltungen seit 2011 angefallen sind,

vorzulegen.

Begründung:

Gemäß des Untersuchungsauftrags ist durch den Untersuchungsausschuss 7/3 zu klären, wie sich die extrem rechte Szene in Thüringen im Untersuchungszeitraum entwickelt hat und wie diese Entwicklungen durch Thüringer Behörden bewertet und erfasst wurde.

Die unter I. genannten Vorfälle bilden eine Auswahl exemplarischer und besonders herausstehender Gewalt- und Straftaten der extrem rechten Szene in Thüringen im Untersuchungszeitraum. Bei einigen der Vorfälle wurde zudem eine politische Motivation im Laufe des Verfahrens verneint oder zumindest im Gerichtsverfahren nicht angenommen oder berücksichtigt. Diese Fälle sind daher auch von besonderer Bedeutung um die Bewertungspraxis der Thüringer Behörden zu beleuchten und nachzuvollziehen. Darüber hinaus sind bei einigen der Vorfälle durch Formfehler oder Verzögerungen im Prozessverlauf sehr geringe Strafmaße entstanden, die oft auch zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die entsprechenden Urteile haben bei den Betroffenen und der breiten Öffentlichkeit zum Teil für

Unverständnis und Empörung gesorgt, weshalb eine genauere Prüfung des Behördenhandelns durch den Untersuchungsausschuss hier angezeigt ist.

Bei den unter II. aufgeführten Parteien, Organisationen und Vereinigungen handelt es sich um eine Auswahl von in Thüringen im Untersuchungszeitraum aktiven Akteuren aus verschiedenen Spektren der extremen Rechten. Um die quantitative wie qualitative Entwicklung der extremen Rechten in Thüringen nachvollziehen zu können ist es notwendig diese Personenzusammenschlüsse genauer zu betrachten.

Der unter III. aufgeführte Themenkomplex begründet sich durch die besondere Bedeutung, die die extreme Rechte in Thüringen bundesweit bei der Organisation und Durchführung von sog. Rechtsrock-Veranstaltungen einnimmt. Da diese Veranstaltungen sowohl für die Organisation als auch für die Vernetzung der extremen Rechten von immenser Bedeutung sind, als auch immer wieder der Verdacht der Geldwäsche und der Finanzierung terroristischer Strukturen durch die Einnahmen aus diesen Veranstaltungen im Raum steht, kommt dem behördlichen Umgang mit diesen Veranstaltungen eine besondere Rolle zu, deren Untersuchung zur Beantwortung der Fragen im Untersuchungsauftrag unerlässlich ist. Für alle im Antrag angegebenen Unterlagen ist darüber hinaus davon auszugehen, dass sich in ihnen weitere Hinweise für die Beantwortung der im Untersuchungsauftrag genannten Fragen ergeben werden.

Katharina König-Preuss

Denny Möller

Madeleine Henfling

Christian Schaft

Sascha Bilay